

# Türkei

## Günter Seufert

Zwischen der Europäischen Union und der Türkei herrscht eine trügerische Ruhe. Rein technisch und diplomatisch gehen die Beitrittsverhandlungen voran, und die deutsche Ratspräsidentschaft (Januar bis Juni 2007) vermochte es, das davor recht hitzige Klima abzukühlen und zwei neue Verhandlungskapitel zu eröffnen. Doch politisch erscheint die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union heute noch weniger wahrscheinlich als im letzten Jahr. Zuerst ein Überblick über den technischen Stand der Dinge:<sup>1</sup>

- Vier Verhandlungskapitel sind eröffnet und das erste ist vorläufig abgeschlossen:  
1. Wissenschaft und Forschung, 2. Unternehmens- und Industriepolitik, 3. Statistik und 4. Finanzkontrolle.
- Drei weitere Kapitel könnten jederzeit eröffnet werden, es sind: 5. Bildung und Kultur, 6. Wirtschaft und Währungspolitik, 7. Verbraucher- und Gesundheitsschutz.
- Für die Eröffnung von acht weiteren Kapiteln wurde die Erfüllung technischer Voraussetzungen angemahnt: 8. Öffentliche Ausschreibungen, 9. Wettbewerbspolitik, 10. Lebensmittelsicherheit, 11. Freier Kapitalverkehr, 12. Sozialpolitik und Arbeitsmarkt, 13. Urheberrecht, 14. Steuerrecht, und 15. Unternehmensrecht.
- Für neun weitere Kapitel sind die Screening-Berichte noch nicht übermittelt. Es handelt sich dabei um 16. Energie, 17. Justiz- und Sicherheitspolitik, 18. Umweltschutz, 19. Transeuropäische Netzwerke, 20. Regionalpolitik, 21. Informationsgesellschaft und Medien sowie 22. Justizsystem und Grundrechte.
- Acht Kapitel jedoch können erst eröffnet werden, wenn eine politische Voraussetzung erfüllt ist, die zwischen der Türkei und der EU mehr als umstritten ist: Die Zulassung von Schiffen und Flugzeugen der (griechischen) Republik Zypern zu den Häfen und Flughäfen der Türkei. Dieser Schritt ist gleichzeitig die Voraussetzung für die endgültige Schließung auch aller anderen Kapitel. Betroffen davon sind: 23. Zollunion, 24. Freier Warenverkehr, 25. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, 26. Finanzdienstleistungen, 27. Verkehr, 27. Internationale Beziehungen, 29. Fischerei und 30. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Bereits am 8. März 2006 hatte die EU-Troika betont, dass eine Weigerung der Türkei in dieser Frage den Beitrittsverhandlungen schweren Schaden zufügen würde.<sup>2</sup> Im Oktober 2006 bemühte sich die finnische Ratspräsidentschaft um einen Kompromiss, der jedoch nicht zustandekam. Am 11. Dezember 2006 schlug die Kommission als Sanktion für die türkische Weigerung die Sperrung der genannten acht Kapitel vor, und auf dem Gipfel vom 14. und 15. Dezember schlossen sich die Außenminister der EU dieser Empfehlung an.<sup>3</sup>

---

1 Frei nach: Müzakere sürecin neresindeyiz? (Wo stehen wir in den Verhandlungen?), EU-Magazin Kriter, August 2007, S. 17.

2 Vgl. dazu und zur Kritik der EU-Politik in dieser Hinsicht den Beitrag zur Türkei in Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2006.

3 Türkiye AB-iliskilerinde Kıbrıs kilometretaslari: Zyprische Meilensteine in der Türkei-EU-Beziehungen, Kriter, Januar 2007, S. 24-25 und Tageszeitung Radikal, 15.12.2006.

Für die Unnachgiebigkeit der Türkei in dieser Frage gibt es zwei Gründe, einen außenpolitischen und einen, der mit der Machtbalance im Inneren zu tun hat. Der außenpolitische Grund ist die strategische Bedeutung Zyperns.

### **Strategische Bedeutung Zyperns für die Türkei**

Es war der Außenminister der Koalitionsregierung Bülent Ecevit (DSP)-Mesut Yilmaz (AnaP)-Devlet Bahçeli (MHP)<sup>4</sup>, Sükrü Sina Gürel, der als erster von der strategischen Bedeutung Zyperns für die Türkei sprach.<sup>5</sup> Gürel sagte, dass Zypern auch dann für die Türkei wichtig bleibe, wenn dort kein einziger Türke mehr lebe. In diese Richtung äußerte sich später auch der damalige Generalstabschef Hilmi Özkök. Zusammen mit den Beratern des damaligen türkisch-zypriotischen Staatspräsidenten Rauf Denktasch dozierte Sükrü Sina Gürel, die Unabhängigkeit der Türkei sei ohne die türkischen Minirepublik auf Zypern nicht zu erhalten. Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer äußerte sich ähnlich. Der sozialdemokratische Oppositionsführer Deniz Baykal und das Militär stießen ins gleiche Horn.

Handfeste Gründe für das Beharren Ankaras auf den türkischen Frontstaat lieferte kurz darauf der damalige Generalstabschef Hilmi Özkök. Die Griechen bedrängten die Türkei in der Ägäis, so Özkök, und wenn Zypern jetzt vollständig in griechische Hände falle, sei die Türkei fast wehrlos in Anatolien eingeschlossen. Dem Militär nahestehende Strategen wie Mehmet Ali Kislali übersetzen den Verteidigungsdiskurs des Generalstabschefs in die weit greifenden außenpolitischen Vorstellungen einer Regionalmacht. „Im östlichen Mittelmeer laufen die Erdöl- und Erdgaspipelines des Nahen Ostens, des Kaukasus und Zentralasiens zusammen“, sagt Kislali.<sup>6</sup> Zypern erlaube die Kontrolle dieser Energieströme und habe deshalb große militärische Bedeutung. Mehr noch, in einer Zeit, in der die USA und ihre Verbündeten sich anschickten, nach Lust und Laune militärisch im Nahen Osten einzugreifen, sei der natürliche Flugzeugträger Zypern von unschätzbarem Wert.

Ausführlich untermauert wurde diese Befürchtungen in neuester Zeit von S. H. Baseren: Griechenland will entlang der Linie Kreta-Kasos-Karpathos-Rhodos-Meisi die Anerkennung eines griechischen Festlandssockels durchsetzen und von diesem ausgehend eine ausschließlich von ihm wirtschaftlich zu nutzende Zone im Mittelmeer festschreiben; und die Türkei vertritt dagegen die Ansicht, dass in der Ägäis der griechische Festlandssockel von einem türkischen Festlandssockel begrenzt werde und die griechischen Inseln keinen eigenen Festlandssockel begründen könnten. Die Griechen wollen ihre Einflusszone bis östlich von Kas (in Westanatolien) festschreiben und die Türkei soll auf die wirtschaftliche Nutzung des gesamten westlichen Mittelmeers und der Ägäis verzichten.

Diese Politik Griechenland trifft sich mit jüngsten Abmachungen über die Festlegung von Seewirtschaftszonen, die die griechische Republik Zypern am 17.2.2003 mit Ägypten und am 17.1.2007 mit dem Libanon abgeschlossen hat. Dies grenzt die Türkei vom östlichen Mittelmeer zwischen Zypern, Syrien, Israel und dem Libanon aus. Ihr verbleibt im Mittelmeer nur eine Zone, die die Form eines umgekehrtes Dreiecks hat, dessen Grundlinie sich von östlich von Kas bis Gazipasa (westlich von Anamur) zieht und dessen Spitze genau in der Nord-Süd-Mitte des Mittelmeers, süd-westlich von Zypern liege. Diese Form der Aufteilung des Mittelmeers in wirtschaftliche Einflusszonen widerspricht dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit, der bei der Klärung von Einflusszonen beachtet wer-

---

4 Regierungszeit: 28.05.1999 bis 18.11.2002.

5 Der heutige Staatspräsident Nordzyperns M.A. Talat in der Radikal, 8.12.2003.

6 Seufert, Günter: Strategische Panik, Die Zeit, 17.12.2003.

den muss, denn die Regelung schneidet die Türkei vom Suez-Kanal ab und isoliert die Häfen Mersin und Antalya.

Gleichzeitig arbeitet Griechenland daran, ähnliche Abkommen mit Libyen, Ägypten und mit der griechischen Republik Zypern abzuschließen. Als das Abkommen zwischen der Republik Zypern und Ägypten geschlossen worden ist, hat es die Türkei versäumt, aktiv zu werden. Jetzt hat die Republik Zypern eine internationale Ausschreibung zur Erdölsuche und Erdölförderung in ihrer ökonomischen Interessenzzone im Süden der Insel eröffnet. Große internationale Ölfirmen wie Exxon-Mobile, Shell, Total und Lukoil haben jeweils 1,5 Millionen Dollar für die Beteiligung an der Ausschreibung gezahlt. Das bringt die Türkei in einen potentiellen Konflikt mit den Heimatländern der Ölfirmen, den USA, England, Holland, Frankreich und Russland.<sup>7</sup>

Am 9. August 2007, exakt eine Woche vor dem Ende der zyperngriechischen Ausschreibung, gab das türkische Außenministerium bekannt, dass die türkische Erdölgesellschaft TPAO an vier Stellen im Mittelmeer mit geophysikalischen Forschungen beginnen werde, die eine Vorstufe zur Erdölsuche darstellen. „Auf Drängen des Generalstabs“, so die Zeitung Radikal, wurde als eine der vier Forschungsgebiete auch eine südwestlich von Zypern liegende Zone (34. bis 36. Breiten- und 30. bis 32. Längengrad) ausgewählt, die sich mit einer Zone der zyperngriechischen Ausschreibung überschneidet. Die türkischen Forschungsschiffe sollen bei ihrer Exploration vom der Marine geschützt werden.<sup>8</sup>

Das Drängen des Generalstabs kommt nicht von ungefähr. Denn trotz aller strategischen Bedenken ist Zypern auch ein Stein im innenpolitischen Machtkampf der Türkei, bei dem es um die Frage geht, ob die kemalistische Republik, in der das Militär sich nach Belieben in die Politik einmischen kann, sich zu einer demokratischen Republik entwickelt oder nicht.<sup>9</sup> Im Frühjahr dieses Jahres spitzte sich diese Auseinandersetzung erneut gefährlich zu.

### **Machtkampf um das Amt des Staatspräsidenten**

In der Türkei hat der Staatspräsident nicht nur symbolische Funktion, sondern sein Amt ist mit reichlich Macht ausgestattet. Das Staatsoberhaupt ernennt die hohe Richterschaft, die Rektoren der Universitäten und alle Bürokraten, und hat außerdem viele Möglichkeiten, neue Gesetze zu verzögern oder zu verhindern. Der Präsident ist Schaltstelle zwischen Regierung und Militär, ist „Bremsen von Reformen“, oder „Notbremse zum Schutz der Republik“ je nach politischer Einstellung. Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident R. Tayyip Erdogan verband die Reformwünsche ihrer Wählerschaft mit den Demokratisierungsforderungen der EU. Im Rahmen des EU-Prozesses wurden die politischen und kulturellen Freiheiten ausgeweitet und erstmals seit dem Putsch von 1980 der politische Spielraum des Militärs begrenzt.<sup>10</sup> Als im April 2007 sich die zwei Drittel-Mehrheit der AKP im Parlament anschickte, Außenminister Abdullah Gül zum Staatspräsidenten zu wählen, schien die Funktion des „Sicherheitsventils“ Staatspräsident für die Kräfte des Status Quo gefährdet. Begründet wurde die Ablehnung Güls jedoch mit dem Schutz des Laizismus.

7 Cumhuryet Strateji, 14.04.2007.

8 Tageszeitungen Radikal, Zaman und Milliyet vom 19.08.2007.

9 Altan, Mehmet (Universität Istanbul): Uzlasirsra askerî müdahalenin önünü açarlar (Ein Kompromiss öffnete [weiterer] Einmischung der Militärs Tür und Tor), Radikal, 13.08.2007.

10 Vgl. zur den Reformen der AKP die Beiträge zur Türkei in Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Bonn 2004, und für die Bremsenrolle des Militärs und der Bürokratie den Beitrag im Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, Bonn 2002.

Der Generalstabschef forderte einen Kandidaten, „der nicht nur der Form nach laizistisch ist“, und dem Militär nahestehende NGOs organisierten in Ankara und Istanbul, in Izmir und Trabzon „Republikdemonstrationen“, Großkundgebungen gegen die AKP. Am 27. April veröffentlichte das Militär ein Memorandum und drohten mit seinem Einschreiten. Nur zwei Tage später blockierte das Verfassungsgericht die Wahl Güls damit, dass es festlegte, die Zwei-Drittel-Mehrheit, welche die Verfassung für die Wahl des Präsidenten im ersten Wahlgang festschreibe, sei gleichzeitig auch Quorum für seine Beschlussfähigkeit in dieser Frage. Die Opposition war der Abstimmung fern geblieben, das Parlament erwies sich deshalb als unfähig einen Präsidenten zu wählen, und musste sich auflösen. Am 22. Juli 2007 fanden Neuwahlen statt.

### **Parlamentswahlen vom 22. September 2007**

Im Wahlkampf feuerte eine „Nationale Front“ aller Parteien (außer der pro-kurdischen DTP) Breitsalven gegen die AKP und zeichnete ihre Regierungsmannschaft als vaterlandslose Gesellen, welche die Existenz des Staates und der Nation leichtfertig aufs Spiel setzen würden. Die CHP bemühte dafür die islamische Gefahr, die MHP die türkischen Soldaten, die den Terroristen der PKK zum Opfer fallen; die nationalistisch-islamistische SP (Glückseligkeitspartei) den Ausverkauf des Vaterlandes an die Juden; und alle Oppositionsparteien, einschließlich der Mitte-Rechts-Partei DP (Demokratische Partei)<sup>11</sup>, setzten EU-Orientierung, Privatisierung, Demokratisierung und wirtschaftliche Öffnung mit dem Verkauf nationaler Interessen gleich. Im Einklang mit den Generälen forderte die Riege der Patrioten einen sofortigen Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak. Die Lager der PKK sollten ausgeräuchert und die Konsolidierung des irakischen Kurdenstaates unter Mesut Barzani doch noch verhindert werden.

Die Rechnung ging nicht auf. Nach viereinhalb Jahren Alleinregierung konnte die AKP ihre Stimmen um circa 12 Prozentpunkte erhöhen, von 34,2 auf nicht ganz 46,7 Prozent und wird erneut alleine die Regierung stellen. Mit 21 Prozent stagnierte die Hauptoppositionspartei, die sozial-nationale (kemalistische) CHP (Republikanische Volkspartei). Die rechtsextreme MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) verdoppelte fast ihre Stimmen und kam auf 14,3 Prozent. Zur Umgehung der landesweiten Zehn-Prozent-Hürde schickte die pro-kurdische DTP (Demokratische Gesellschaftspartei)<sup>12</sup> ihre Kandidaten als Unabhängige ins Rennen. Den 20 Sitzen im Parlament, die sie gewann, entsprechen circa vier Prozent der Stimmen, deutlich weniger als die 6,2 Prozent, die ihre Vorläuferin, die DeHaP, bei den letzten Wahlen einfuhr.

Ein Fiasko ist das Ergebnis für die beinhalten Kemalisten in der CHP, die trotz ihres Bündnisses mit der DSP (Demokratische Links-Partei)<sup>13</sup>, trotz Unterstützung der Generäle und trotz der „Republikdemonstrationen“, an denen im Mai und Juni Millionen teilgenommen hatten, nur 1,5 Prozent zulegen konnte. Die Gründungspartei der Republik, deren Ideologie die offizielle Lehre des Staates ist, war nur in fünf der 81 Provinzen der Türkei stärkste Partei und hat heute nur noch in Westanatolien soziale und politische Bedeutung.

---

11 DP, neuer Name der DYP (Partei des rechten Weges) unter Führung von Mehmet Agar. Die Partei strebte eine Vereinigung mit der Mutterlandspartei (AnaP) an, welche jedoch scheiterte und blieb bei der Wahl weit unter der landesweiten Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament.

12 Die DTP ist die Nachfolgerin der DeHaP, die sich im Oktober 2005 auflöste.

13 Die DSP war nach 1980 von Bülent Ecevit gegründet worden, der am 5. November 2006 verstarb. Kandidaten der DSP traten auf der Liste der CHP an und kehrten als gewählte Abgeordnete zu ihrer Partei zurück.

In 36 Provinzen brachte sie keinen einzigen Kandidaten durch. Ihre Wähler gehören zur Bildungselite, haben ihre Schäfchen im Trockenen, sind meistens Angestellte, nur selten Arbeiter und sehr oft sind sie Rentner.

Äußerst gemischt ist das Ergebnis für die Pro-Kurdische Partei. Zwar ist sie seit Anfang der 1990er erstmals wieder im Parlament vertreten, doch ist sie gleichzeitig schwer angeschlagen. In acht der 13 Provinzen des mehrheitlich kurdisch besiedelten Südostens war sie 2002 stärkste Partei; 2007 sank diese Zahl auf vier. Mehrheitlich hat sich der Südosten bei dieser Wahl für die AKP entschieden, was in der Türkei Hoffnung auslöst, dass trotz aller bisher gemachten Fehler die Kurden noch immer politisch zu integrieren sind.

Das Abschneiden der MHP steht für die Welle ethnischen Nationalismus, die sich seit fünf Jahren über Anatolien ergießt. Sie äußert sich in Lynchmordversuchen gegen Kurden und Linke, in Anschlägen gegen die religiösen Minderheiten und darin, dass die Begräbnisse gefallener Soldaten zum Ritual nationalistischer Hetze verkommen sind. Die MHP hat von allen Parteien, außer der pro-kurdischen DTP, Zulauf, und rechts von ihr steht die Große Einheitspartei (BBP) bereit, deren Führer als Unabhängiger ins Parlament einzog. Die MHP ist bei den Erstwählern, den Arbeitslosen und unter den Studenten stark.

Fast völlig profillos, was ihre Wählerschaft betrifft, ist dagegen die AKP, und das ist ihre Stärke. Die früheren Islamisten sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, und die AKP ist heute die einzige Volkspartei in der Türkei. Sie ist fast gleichmäßig in allen Regionen, Schichten und den Altersgruppen vertreten. Sie ist die einzige Partei, welche die Kurden des Südostens an das politische System der Türkei bindet und gleichzeitig der rechtsextremen MHP Stimmen abnehmen kann. Sie reduziert die nationalistisch-islamistische SP zur politisch unbedeutenden Größe und hat gleichzeitig namhafte Linke und Sozialdemokraten in ihre Reihen integriert. Sie ist heute für liberale Alewiten<sup>14</sup> wählbar, und die kleinen christlichen Minderheiten Istanbuls haben längst jede Angst vor ihr verloren. Trotz aller Schwächen ist die AKP die ausgleichende Kraft im Lande, die unterschiedliche Identitäten akzeptiert und auf die Produktion von Feindbildern nicht angewiesen ist.

Die 550 Sitze des Parlaments sind heute folgendermaßen besetzt: AKP 341, CHP 99, MHP 70, DTP 20, DSP 13, ÖDP 1, BBP 1, Unabhängige 4, Unbesetzt 1.<sup>15</sup>

## Ausblick

Einen Tag bevor dieses Manuskript abgeschlossen wurde, am 13. August, erklärte Ministerpräsident R. Tayyip Erdogan, dass seine Partei an Außenminister Abdullah Gül als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten festhalte. Mit der Wahl Köksal Toptans, zum Parlamentspräsidenten hatte die AKP davor ein Zeichen für Verständigung und Kompromiss gesetzt. Toptan gilt als moderat, er kam von der Partei des Rechten Weges (DYP) zur AKP. An der grundsätzlichen Ablehnung Güls durch das Militärs und seines Sprachrohrs, der CHP, hat sich wenig geändert, auch wenn die Legitimation für ein erneutes Eingreifen der Generäle durch den Wahlerfolg der AKP heute deutlich geringer ist als vor drei Monaten. Gleichwohl rechnet man in Ankara damit, dass der Kleinkrieg zwischen Regierung

14 Muslimische Minderheit, die circa 15 Prozent der Bevölkerung stellt, jedoch linguistisch und ideologisch stark zerplittert ist.

15 ÖDP = Özgürlük ve Demokrasi Partisi (Freiheits- und Demokratieteil), sozialistische Partei, deren Vorsitzender als Unabhängiger gewählt worden war. Letzteres gilt auch für den Sitz der BBP. Vgl. Radikal, vom 8. August 2007.

und Militär auch nach der Wahl Güls weitergeht, weshalb die Unterstützung der Regierung durch die EU erneut wichtig ist.

Doch aus Europa kommt nur wenig Gutes. Mit Nicolas Sarkozy als neuem Präsidenten Frankreichs hat der Widerstand gegen die türkische Mitgliedschaft in Europa einen machtvollen Sprecher gefunden, und auch der Fortschrittsbericht der Kommission wird eher negativ ausfallen. Der Mord an dem armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink im Januar 2007, die Morde an christlichen Missionaren im April, die Putschdrohung der Militärs und das Urteil des Verfassungsgerichts, all das liefert viel Material für einen negativen Bericht und zeichnet ein Bild von der Türkei, wie man es aus den späten achtziger und frühen neunziger Jahren kennt.

Zwar haben fast alle Politiker Europas den Ausgang der Wahl begrüßt und ihn als Zeichen für den Wunsch der Türken nach Demokratie, Stabilität und Öffnung nach Europa aufgefasst. Doch vom Treffen der Außenminister gleich nach der Wahl kam kein Glückwunsch für die Regierungspartei, die heute die einzige Partei im Lande mit einem klaren Kurs auf die EU-Mitgliedschaft ist. In Ankara empfehlen Botschafter aus EU-Ländern der AKP auf Ausgleich und Kompromiss zu setzen und das Militär nicht noch stärker herauszufordern.<sup>16</sup> Gleichzeitig jedoch fordert Brüssel, dass der Gesinnungsparagraph 301 des Strafgesetzbuches gestrichen und das Gesetz über die Minderheitenstiftungen geändert werden soll.<sup>17</sup> Wer dem Militär nachgibt öffnet neuen Interventionen Tür und Tor, sagen zu dieser Haltung die Liberalen der Türkei.<sup>18</sup>

### Weiterführende Literatur

- ARI Movement: Turkish Policy Quarterly: Turkey in flux: wrestling with emotions, identity, and values, Istanbul, 2006/2007, mit Beiträgen unter anderem von David Arnett, Cengiz Günay, H.-C. Jasch, Anne Duncker, I.A. Karakir, J.D. Jacob, Günes Becerik und Odil Ruzaliev.
- ESI – European Stability Initiative: Sex and power in Turkey: Feminism, Islam and the maturing of Turkish democracy, Berlin – Istanbul, Juni 2007.
- EDAM – Centre for Economics and Foreign Policy: The Franco Turkish relationship in turmoil: Istanbul 2007.
- Ioannis N. Grigoriadis: Upsurge amidst political uncertainty: nationalism in post-2004 Turkey, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Oktober 2010.
- Hans-Lukas Kieser (Hrsg.): Turkey beyond nationalism: towards post-national identities, I.B. Tauris, London 2006, mit Beiträgen unter anderem von Rifat Bali, Hamit Bozarslan, F.M. Göçek, Gabriel Goltz, Gülistan Gürbey, C. Görgü Guttstadt, M.S. Hanioglu, Kemal Kirisci, Elise Massicard und Günter Seufert
- Günter Seufert/Christopher Kubaseck: Die Türkei, Geschichte, Politik, Kultur, 2. aktualisierte Auflage, C.H. Beck, München 2006.
- TESEV – Türkiye Ekonomi ve Sosyal Etüdler Vakfi: Overcoming a legacy of mistrust: towards reconciliation between the state and the displaced, Istanbul 2006.
- M. Hakan Yavuz (Hrsg.): The emergence of a new Turkey: democracy and the AK Parti, Univ. of Utah, Salt Lake City 2006 mit Beiträgen von Massimo Intovigne, Yalçın Akdoğan, William Hale, I.D. Dagi, Ali Çarkoglu, Ziya Önis, Edibe Sözen, Burhanettin Duran und Saban Kardas.

---

16 Idiz, Semih: AB’li diplomatlar: Gül aday olmasın, 301 kalksın (EU-Diplomaten: Gül soll besser nicht antreten, der Paragraph 301 soll aufgehoben werden), Milliyet, 30.07.2007.

17 Buharalı, Can (EDAM): AB yolunda yeni bir süreç başlamalı (Für einen neuen Aufbruch zur EU), Radikal, vom 26.07.2007.

18 Berkan, Ismet/H. Gökhan Özgün, Radikal, 10.08.2007.

## **8. Die Europapolitik in anderen Organisationen**

